Sachdokumentation:

Signatur: DS 3786

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3786

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

LI-Paper

Politische Ökonomie der Staatsintervention

STEFAN BLANKERTZ * • Januar 2022

Zusammenfassung

- Die Konzentration der Staatstätigkeit auf die Gesundheit als dem dominanten Wert, den es anzustreben und gesellschaftlich zu sichern gelte, bahnt sich seit langem an, hat allerdings durch die Corona-Pandemie einen unerwartet schnellen und heftigen Schub erhalten.

- Die Corona-Krise hat vielen Staaten der Erde, einerlei ob demokratisch verfasst oder nicht, als Anlass gedient, eine ganz neue Form der Enteignung zu testen: Die Enteignung des persönlichen Risikomanagements. Wenn heute als nahezu einziger Parameter, auf den zu schauen sei, die Lebenszeit gilt, fragt sich, welche Lebensqualität am Ende des Lebens hinzugewonnen wird, wenn man hierfür gegenwärtige Lebensqualität opfert? Dies ist eine persönliche Frage des eigenen Risikomanagements, in die kein Dritter mit Gewalt intervenieren darf.

- Ein wichtiger Grundsatz politischer Ökonomie lautet: Staatliche Massnahmen müssen politisch (nicht sinnvoll, vernünftig oder wissenschaftlich) kalkuliert werden. Die Leitfrage lautet also: Was ist durchsetzbar? Selbst wenn sich herausstellen sollte, dass die Verbreitung des Virus vornehmlich beim Wasserwerken oder beim Stromerzeugen geschehen würde, könnten das nicht «geshutdowned» werden, weil die öffentliche Empörung darüber so gross wäre, dass die politische Macht gefährdet würde. Das Gleiche gilt für die Lebensmittelherstellung und die medizinische Versorgung.

- Darüber hinaus gehört zum politischen Kalkül die Frage: Was nützt eine Massnahme denjenigen, die sie verhängen, also den Politikern? Was nützt eine Massnahme ihnen im Sinne des Machterhalts? Und: Was nützt eine Massnahme ihnen im Sinne der Bedienung von gesellschaftlichen Interessen, die als Stütze der Staatsgewalt unverzichtbar oder erwünscht sind?

* Der Autor ist Sozialwissenschaftler und Schriftsteller sowie Theorie-Trainer am InKontakt Gestaltinstitut Berlin.

Die vier Frauen machen das so: Immer mittwochs treffen sie sich bei einer, kommen allerdings zeitlich so versetzt an, dass niemand Verdacht schöpft. Sie treffen sich, um Canasta zu spielen. Alle vier Frauen dieser konspirativen Vereinigung gehören zur Hochrisikogruppe, sind chronisch krank, wohnen jedoch noch zu Hause, allein. Keine der Frauen zweifelt an den Meldungen und Meinungen, die in den herrschenden Medien, den Medien der Herrschenden, verbreitet werden. Die Massnahmen gehen ihnen nicht weit genug, sie müssten viel strenger sein und ausserdem schärfer überwacht werden. Aber ihren Canasta-Tag lassen sie sich nicht nehmen, er ist der Höhepunkt in ihrer Woche.

Und wenn wir uns anstecken? Was soll's, sterben müssen wir sowieso mal und besser, zuvor Canasta gespielt zu haben als ganz einsam, jetzt, wo sogar die Enkel uns nicht besuchen dürfen. Das geht entschieden zu weit. Wir sind schliesslich vorsichtig, was soll schon passieren? Das Schlimmste, was sie sich vorstellen können, ist, dass die Polizei kommt und die Karten beschlagnahmt. Viel mehr zum Beschlagnahmen wäre bei ihnen nicht zu holen.

Die vorherrschende sozialpsychologische Folge der politischen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie besteht darin, dass die Handelnden sich nicht mehr fragen, was sinnvoll wäre, welche Risiken sie für sich und für ihre Angehörigen und Mitmenschen eingehen wollen, sondern was legal ist. Man tut das Legale (unabhängig davon, ob sinnvoll oder nicht), und man lässt das Illegale (unabhängig davon, ob es bedenkenlos getan werden könnte oder nicht). Und im zweiten Schritt fragt man sich, wie sich ein bestehendes Verbot umgehen lässt, wenn das, was man tun will, einem hinreichend wichtig erscheint, und wenn die bei Zuwiderhandlung drohenden Strafen nicht allzu drastisch sind.

Umgekehrt müssen diejenigen, die die entsprechenden Massnahmen gestalten, sich vor allem fragen, ob sie «durchsetzbar» sind. Wenn es wahrscheinlich ist, dass zu viele Menschen gegen eine Massnahme verstossen werden, kann sie objektiv so sinnvoll sein, wie sie will, es käme einem politischen Suizid gleich, zu versuchen, sie zu verkünden.

Genau das gleiche Kalkül erfordert es, die Ahndung bei Zuwiderhandlung festzusetzen. Den vier kriminellen Canasta-Spielerinnen, wenn sie denn trotz aller Vorsicht durch einen Nachbarn denunziert werden, 100 Franken abzuknöpfen, wird hingehen; sie aber einzusperren oder zu internieren, könnte selbst bei ansonsten mit den Massnahmen einverstandenen Mitbürgern auf ein solches Unverständnis stossen, dass die Legitimität der Regierung ins Wanken gerät. Auch unsere Canasta-Spielerinnen zählen sich ja nicht zum Widerstand; doch wäre es durchaus denkbar, dass sie sich «radikalisieren», falls die Staatsgewalt effektive Massnahmen ergreift, um ihr illegales Treiben zu unterbinden.

Von Michel Foucault wissen wir, dass die Staatsgewalt stets einer Schicht von Kriminellen bedarf, an welcher sie ihren Willen und ihre Fähigkeit zur Repression demonstrieren kann,[1] zugleich darf jene aber auch nicht so weit anwachsen, dass sie die Existenz der Staatsgewalt tatsächlich gefährdet.

Politisches Kalkül

An den vier Canasta-Spielerinnen lässt sich der erste Grundsatz politischer Ökonomie der Staatsgewalt festmachen: Massnahmen müssen politisch (nicht sinnvoll, vernünftig oder «wissenschaftlich») kalkuliert werden. Die Leitfrage lautet also: Was ist durchsetzbar?

Darüber hinaus gehört zum politischen Kalkül die Frage: Was nützt uns? Die Frage zerfällt in zwei Unterpunkte: Was nützt eine Massnahme uns im Sinne des Machterhalts? Und: Was nützt eine Massnahme uns im Sinne der Bedienung von gesellschaftlichen Interessen, die als Stütze der Staatsgewalt unverzichtbar oder erwünscht sind? Diese Bedienung der gesellschaftlichen Interessen bezieht sich vornehmlich auf die Gewährung ökonomischer Vorteile. Die Massnahmen schädigen oder zerstören bestimmte, politisch nicht relevante oder politisch missliebige Branchen, oder Branchen, die anderen Branchen im Wege sind, und nützen anderen Branchen. Auf dem Ruin des Einzelhandels baut sich das Imperium des Onlinehandels und der Paketzusteller auf. Es ist politisch klug, hierüber zeitgleich zu jammern und damit die Erhebung von Zusatzsteuern auf Onlinehandel und Paketzustellung zu fordern; schliesslich will der Staat seinen Anteil an der Beute sicherstellen. Die politische Ökonomie der Staatsgewalt ist stets ein Trade-Off zwischen verschiedenen Interessengruppen und den Inhabern der Macht (vulgo Regierung). Staatsgewalt lässt sich auf keine andere Weise organisieren.

Natürlich dürfen die Massnahmen beispielsweise die ökonomische Basis selber nicht treffen. Selbst wenn sich herausstellen sollte, dass die Verbreitung des Virus vornehmlich beim Stromerzeugen geschehen würde, könnten diese Aktivitäten nicht mit einem Shutdown gestoppt werden. Das Gleiche gilt für die Herstellung und Verteilung von Lebensmitteln sowie für die medizinische Versorgung. Und, natürlich, für pharmazeutische Forschung. Wo sonst kriegen wir den Impfstoff her? In vermeintlich nicht «systemrelevanten» Branchen wurde, wenn eine Öffnung zur Diskussion stand, besonders von Gewerkschaftsseite heftig kritisiert, der zu laxe Staat spiele mit Gesundheit und Leben der Angestellten, um anderen gesellschaftlichen Interessengruppen wie den Unternehmern gefällig zu sein. Die gleiche Kritik schwieg betreffend etwa des Klinikpersonals. Da wird, zynisch gesprochen, mit dem Leben von Gesunden gespielt, um Kranken zu helfen. Die Massnahmen schaffen demzufolge zwei Klassen von Mitarbeitern, die einen, die nicht arbeiten dürfen, um sie gesundheitlich zu schüt-

[1] Michel Foucault, *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/M. 1975. Ganz anders argumentiert und doch im Ergebnis ganz ähnlich: Ernst Jünger, *Der Waldgang*, Stuttgart 1951.

zen, und die anderen, die arbeiten müssen, selbst wenn sie hierdurch erhöhten Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind. Der Zufall ihrer Berufswahl hat sie in die eine oder die andere Klasse verschlagen.

Die Unterscheidung zwischen notwendigem und unwichtigem Konsum scheint klar und logisch zu sein, solange man nicht nachfragt, welcher ins Töpfchen und welcher ins Kröpfchen gehört. Kein Mensch braucht Canasta. Ich jedenfalls kann gern drauf verzichten, ich spiele aber auch nicht Canasta. Und sicherlich kann jede der vier Frauen der Canasta-Gangster weiterleben, selbst wenn die Staatsgewalt ihr Spiel unterbricht. Aber wollen sie das? Kunst und Musik oder kulinarische und spirituelle Genüsse sind verzichtbar für die Banausen, wie sie vermutlich viele Politiker und Virologen sind. Für den Künstler, den Musiker, den Maler, den Koch, den Barkeeper und deren Kunden gilt das vermutlich weit weniger.

Und stellen wir uns eine Forscherin vor, die einem bahnbrechenden Medikament gegen Corona auf der Spur ist. Sie arbeitet schwer, schläft kaum. Einmal in der Woche schlüpft sie aber in die Rolle eines Mannes und bedient in einem SM-Klub masochistisch veranlagte Kunden. Pervers und völlig überflüssig. Doch nimmt man ihr diese «überflüssige» Freude weg, verfällt sie der Melancholie, hat keine Ideen mehr, die Forschung kommt nicht weiter, der Welt bleibt ihr Durchbruch vorenthalten. Zu hoch gestochen? Nehmen wir einen Paketzusteller mit Migrationshintergrund.[2] Er lebt bescheiden und spart fast alles von dem Wenigen, was er verdient. Einmal im Jahr aber gönnt er sich den Luxus, seine Eltern in der fernen Heimat zu besuchen und ihnen auch etwas vom Ersparten mitzubringen. Nimmt man ihm das weg (Reise- oder Flugverbot!), meldet er sich krank und lebt fortan von Transfergeld. Was ist notwendig? Was ist systemrelevant?

In Wahrheit stammt die Unterscheidung zwischen notwendigem und unwichtigem Konsum aus dem Arsenal der Bevormundermenschen.[3] Ihre Massnahmen genügen dabei nicht den einfachsten Regeln der Logik. Warum sollte die Gefahr, mich anzustecken, grösser sein, wenn ich den Kaffee bei Tschibo als in einem Supermarkt kaufe? Warum diejenige kleiner sein, wenn ich ein Buch im Buch- als Blumen im Blumenladen kaufe? Welchen Regeln die Massnahmen auch immer gehorchen, die der Folgerichtigkeit gehört jedenfalls nicht dazu.

Hat Schweden die Alten geopfert?

Massnahmen werden diskutiert, als seien sie erstens wissenschaftlich eindeutig und zweitens gesellschaftlich alternativlos. Dabei wechselt das, was nicht anders sein kann und nicht anders sein darf und worin alle Wissenschaftler aller Fachrichtungen

[2] Ich vermute, dass inzwischen eine andere Formulierung als «mit Migrationshintergrund» hyperkorrekt ist, oder es zumindest in nächster Zukunft werden wird. Stand: Februar 2021.

[3] Ein Begriff von Jens Bjørneboe. «Vi er endelig ankommet til formyndermenneskets tidsalder.» (Wir sind endlich angekommen im Zeitalter des Bevormundermenschen. – Rede an Abiturienten, Oslo 1956; abgedruckt in: Jens Bjørneboe, *Norge, mitt Norge: Essays om formyndermennesket*, Oslo 1968.) Gilles Deleuze sprach 1990, weniger poetisch, doch genauso zutreffend, von der «Kontrollgesellschaft». Aber im Gegensatz zu Deleuze wusste Bjørneboe, dass der Staat die treibende Kraft dahinter ist.

und aller Welt sich einig sind, schnell – manchmal von Woche zu Woche. Am Anfang des Jahres 2020 hiess es, wir seien gut gerüstet, das Virus bedrohe uns nicht, Massnahmen seien nicht notwendig, schon gar keine Grenzschliessungen (das war damals lediglich eine rechtspopulistische Forderung); wer von einem kommenden, möglichen Lockdown sprach, war ein Verschwörungstheoretiker. Mal wieder hatte niemand die Absicht, eine Mauer zu bauen. Wer beim Einkaufen wie ich eine (Stoff-) Maske trug, wurde abschätzig belächelt. Die WHO hatte schliesslich erklärt, die seien nutzlos. Der Lockdown kam, die Mauer wurde ebenfalls errichtet. Stoffmasken waren plötzlich nicht nur wirksam, sondern wurden zur Pflicht; schliesslich gab sogar die WHO, die sich lange gesträubt hatte, nach und erklärte Stoffmasken für nützlich, bis dann die Stoffmasken jäh unwirksam wurden und bloss noch FFP2-Maken halfen. Nach der ersten Welle erklärte der deutsche Gesundheitsminister, mit den gewonnenen Erkenntnissen über die Wirkungen des Lockdowns würde es selbst im Falle einer zweiten Welle keine Notwendigkeit mehr geben, einen solchen erneut zu verhängen, bis dann der zweite Lockdown verhängt wurde. Die Kaiserin namens Wissenschaft hatte ein Machtwort gesprochen. Die Politik konnte nichts dafür. Aber sie ist nackt.

Bei aller «Alternativlosigkeit» blieb völlig auf der Strecke, dass in den Staaten ganz unterschiedliche Massnahmen ergriffen wurden, in föderal organisierten Staaten wie der Schweiz, den USA und der BRD gab es teilweise regional unterschiedliche Massnahmen. Systematische Auswertungen der Erfahrungen wurden selten vorgenommen, bzw. kaum zur Diskussion gestellt. Ad-hoc-Erklärungen dominierten die Diskussion bis hin zu absurden Behauptungen, beispielsweise: Länder, die von Regierungschefinnen geführt werden, seien besser durch die Krise gekommen; oder: Länder, deren Regierungen die Grenzen schon gegenüber Migranten dicht gehalten hätten, hätten damit auch das Virus draussen vor gelassen. Die zweite Welle schwemmte alle diese linken und rechten Vermutungen fort.

Es gab eine einzige stetige Herausforderung und das war ausgerechnet das sozialstaatliche Musterland Schweden, das wie das berühmte kleine gallische Dorf dem Imperium Romanum dem Corona-Imperium mutig die Stirn bot. Triumphierend wurden bei uns die hohen Fall- und Todeszahlen wegen in Schweden fehlender Massnahmen ins Feld geführt, während gleich hohe oder höhere Fall- und Todeszahlen in anderen Ländern trotz der Massnahmen zu beklagen waren. Die Präpositionen haben es in sich, auch wenn sie harmlos klingen. Sie beinhalten nämlich eine Kausalitäts-Unterstellung, die durch die Zahlen an sich nicht belegt werden kann. Hämisch wurde auf den Vergleich mit dem besser dastehenden Nachbarn Norwegen verwiesen und, in der ersten Welle, ebenso auf Deutschland. Dass aber Deutschland und Norwegen bei ähnlichen Massnahmen in beiden Wellen signifikant unterschiedlich starke Verläufe aufwiesen, fiel unter den Tisch.

In der zweiten Welle ist es um die Anklage Schwedens stiller geworden; dennoch hängt der Vorwurf im Raum: «Schweden hat seine Alten geopfert.» Will sagen: Egoistisch und herzlos liessen die Jungen, um bei Shopping und Völlerei fun zu haben, die Alten krepieren. Kehren wir noch einmal zu der Runde Canasta spielender Frauen zurück. Was ist herzlos und egoistisch: Die Frauen, damit sie (möglicherweise)

etwas länger leben, zu ihrem eigenen Schutz zu isolieren und bei Widerstand zu internieren? Oder sie gewähren zu lassen, dass sie die Risiken eingehen dürfen, die sie selber wählen, um sich Lebensfreude bis zum Ende des Lebens zu erhalten?

Oder noch einmal pointierter gesagt: Wenn heute als nahezu einziger Parameter, auf den zu schauen sei, die Lebenszeit gilt, fragt sich, welche Lebensqualität am Ende des Lebens hinzugewonnen wird, wenn man hierfür gegenwärtige Lebensqualität opfert? Dies ist eine persönliche Frage des eigenen Risikomanagements, in die kein Dritter mit Gewalt intervenieren darf. In Diskussionen markiert diese Frage meist den Punkt, an welchem die jungen Covid-Toten (und -Geschädigten) herbeizitiert werden. Die sind allerdings statistisch gar nicht relevant. Als Einzelschicksale sind sie relevant; und für sie, besonders aber für die Angehörigen, stellen sie eine Tragödie dar. Doch jeden Tag gehen alle Menschen, auch und gerade junge Menschen, Risiken ein, die sie gegen das Risiko abwägen, untätig zu bleiben. Schon der Schritt nach draussen und die Teilnahme am Strassenverkehr stellt ein solches Risiko dar; Arbeit, Sport, Trink-, Ess- und Reiseverhalten, ja selbst die Partnerwahl, all das beinhaltet jeweils statistisch zu beziffernde Risiken. Viele Unfälle geschehen übrigens zu Hause, viele Homizide und Körperverletzungen passieren in der Privatsphäre, sodass auch das Zuhausebleiben keine Sicherheit bietet.

Virologie als politische Leitwissenschaft?

Die Corona-Pandemie hat eine Berufsgruppe zu den Stars der Politikberatung werden lassen, von der zuvor die meisten Menschen noch nie etwas gehört haben: Die Virologen.

Haben die Virologen die Herrschaft übernommen? Sicherlich nicht. Die Politik bedarf der Anlässe, um eine Kontrollillusion aufrecht zu erhalten. Niemand braucht Politiker, niemand wählt Politiker, niemand alimentiert Politiker, wenn sie nicht versprechen, Krisen jeglicher Art unter Kontrolle halten zu können. Meist stellt diese Kontrolle jedoch eine Illusion dar, das heisst, Politik ist nicht mehr als Hokuspokus. Der Schamane lässt den Stamm so lange den Regentanz tanzen, bis es regnet, und somit beweist er, dass der von ihm angeleitete Regentanz den Regen herbeiführt. Niemand würde dem Schamanen den Unterhalt besorgen oder ihm auch bloss zuhören, wenn er die Achseln zuckt und sagt, Regen kommt, Regen geht, egal was ihr tut. Die Herrscher im Altertum und Mittelalter, ja bis in die Neuzeit hinein haben sich mit Astrologen umgeben, von denen sie meinten, Planungssicherheit zu erhalten. Wenn es gut ging, verdienten sie sich eine goldene Nase, wenn es schief ging, verloren sie ihren Kopf.

Virologen haben die Funktion der Schamanen oder Astrologen übernommen,[4] nicht die Herrschaft selber. Denn sie dienen der Herrschaft zu ihrer Rechtfertigung und entspringen der Logik dieser Rechtfertigung.

[4] Disclaimer: Der Autor intendiert keine Herabwürdigung von Schamanen oder Astrologen; die Bemerkung ist eine Reminiszenz an Paul K. Feyerabend, der sie den Wissenschaftlern *gleichgestellt* sehen wollte.

Die Politisierung der Wissenschaft hat zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Zum einen liess sich der Trend zur Wissenschaftskritik umkehren. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts kriegte die Euphorie für die Wissenschaft, die an die Wissenschaft geknüpfte Heilserwartung einen schweren Dämpfer; denn, wie sich herausstellte, wirkte Technik nicht nur segensreich, sondern führte auch Katastrophen herbei oder zeitigte unerwünschte Nebenwirkungen.

Die Enttäuschung über die Wissenschaft schlug sich auch im Selbstbewusstsein der Wissenschaftler nieder. Die soziologische Kritik, die eng mit Jürgen Habermas' Slogan vom «Erkenntnisinteresse» (1965) verknüpft war, zeigte auf, dass Wissenschaft eben kein interessen- und machtfreier Raum ist, was die Objektivität ihrer Erkenntnisse in Frage stellte. Die erkenntnistheoretische Kritik, die ihren Höhepunkt in Paul K. Feyerabends «Wider den Methodenzwang» (1975) fand, erklärte den Unterschied zwischen dem Wissenschaftler und dem Schamanen oder dem Astrologen für einen schlechten Witz. Der Konstruktivismus fragt seit Paul Watzlawick «Wie wirklich ist die Wirklichkeit?» (1976).

Bereits im Zusammenhang mit der Klimadebatte zeigte sich allerdings der reaktionäre Hang, jede Form, die Pluralität der Wissenschaft und die prinzipielle Offenheit der Debatte einzufordern, als direkten Angriff auf das Wohlergehen der Menschen zu diffamieren. (Wissenschafts-)Kritik wird erneut das Interesse unterstellt, Schaden anzurichten. Dies ist eine herrschende Verschwörungstheorie: Verschwörungstheorie der Herrschenden.

Zum anderen hat der Staat mit seiner Finanzierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre zwar schon immer sichergestellt, dass die Intellektuellen ihre Freude an der Kritik des Staats in engen Grenzen hielten. Dennoch blieb die Loyalität der Universitäten eher dem Zufall überlassen und die Wissenschaftskritik war gleichsam ein Unfall in dem Versuch, die Staatsgewalt wissenschaftlich abzustützen. Mit der Politisierung der Wissenschaft in den Klima- und Pandemie-Krisen wurde auch dieses Problem kurzerhand gelöst. Kritiker sind schlicht und einfach keine Wissenschaftler, sie können es nicht sein, denn die Wissenschaft spricht doch, wie allgemein bekannt und anerkannt, stets mit einer Zunge. Auf den, der nichtsdestotrotz wagt, aus dem wissenschaftlichen Konsens auszuscheren, wird der Mob der «Cancel Culture» losgelassen.

Die treibende Kraft dahinter ist die von Michel Foucault so genannte «Mikrophysik der Macht»; eine Verschwörung ist hierzu weder nötig noch förderlich. Die einzelnen Akteure und die einzelnen Interessengruppen müssen das Gefühl behalten, autonom im Interesse der Allgemeinheit zu handeln, sonst droht, dass sie ihre Rolle nicht mehr überzeugend spielen können. Der Kitt, der das Gefüge der Staatsgewalt zusammenhält und die Loyalität garantiert, ist deren Fähigkeit, der produktiven Bevölkerung Steuern abzupressen und die Beute zu verteilen. Wer ein Stück vom Kuchen kriegt, von dem erwartet man, dass er das Maul hält, egal wie klein das Stück auch sein mag.

Der Begriff «Erkenntnisinteresse» ist derweil bis zur Unkenntlichkeit abgegriffen. Es genügt, wenn (als fiktives Beispiel) der Virologe der Veröffentlichung voranstellt,

sein Erkenntnisinteresse bestehe darin, herauszufinden, wie das Virus sich verbreite. Die Provokation von einst, dass es neben, hinter oder über dem manifesten ein soziologisches und psychologisches Interesse ökonomischer oder (macht-)politischer Natur gäbe, ist damit konterkariert.

Gesundheit als herrschender Wert

Wenn sich herausstellen sollte, dass Diktaturen besser durch die Pandemie kommen, sollten wir dann für einen Diktator votieren? Das Versprechen der Demokratie lautet ja nicht, ein Luxus zu sein, wenn gerade keine Probleme anfallen, sondern dass sie in der Lage sei, besser als andere Staatsformen mit Problemen fertig zu werden. Dieses Versprechen ist freilich haltlos,[5] aber nicht in Relation zur Diktatur, sondern in Relation zur Freiheit. Aber Freiheitsrechte wurden ebenfalls nicht erkämpft, um in Schönwetter-Perioden zu gelten, vielmehr auch und gerade wenn der Gewittersturm losbricht.

Die Konzentration der Staatsgewalt auf die Gesundheit als dem dominanten Wert, den es «vernünftigerweise» anzustreben und «(gesamt-)gesellschaftlich» zu sichern gelte, bahnt sich seit langem an, hat allerdings durch die Corona-Pandemie einen unerwartet schnellen und heftigen Schub erhalten. Der erste Durchbruch des puren Gesundheitsterrors gelang mit der Nichtraucherbewegung. Es wird inzwischen immer deutlicher, dass die Nichtraucherbewegung tatsächlich kein isoliertes Phänomen darstellte, sondern den Beginn immer neuer Wellen markierte, im Laufe derer die Bevormundermenschen irgendetwas, meist einen Stoff – einen Stoff zum unmittelbaren Genuss, zur Produktion oder zum Schutz –, inzwischen jedoch sogar menschlichen Kontakt selbst, als speziell gesundheitsgefährdend identifizieren. Eine solche Identifikation als «gesundheitsgefährdend» zieht zwangsläufig die Forderung nach sich, den benannten Stoff oder das benannte Verhalten sofort und flächendeckend zu verbieten. Die Gesundheit wird bei den Bevormundermenschen ebenso zum herrschenden Wert wie es das Wirtschaftswachstum im schwerindustriellen Bereich für die Entwicklungspolitiker aller politischen Richtungen der Industrialisierung war.

Auf der wirtschaftlichen Seite gelten nun Ausgaben für das Gesundheitswesen als sakrosankt. Immer wird behauptet, das Gesundheitswesen werde «totgespart» durch «die Neoliberalen», die wagen, Effizienz und sparsamen Umgang mit Ressourcen anzumahnen. Während Ressourceneinsparung ansonsten ganz oben auf der Agenda der Bevormundermenschen steht, darf diese das Gesundheitswesen nicht betreffen. Dass das Gesundheitswesen in allen Ländern der Erde unter staatlicher Aufsicht steht oder fast gänzlich vom Staat organisiert wird, wird schlechterdings geleugnet; ebenso fällt völlig unter den Tisch, dass die Ausgaben für Gesundheit nicht gesunken, sondern gestiegen sind. Die Behauptung der Bevormundermenschen müsste nun lauten, dass den handelnden Wirtschaftssubjekten ihre eigene Gesund-

[5] Vgl. Stefan Blankertz, Emma Goldman, Gustav Landauer, *Verschwinde, Staat! Weniger Demokratie wagen*, Berlin 2019 (Edition g. 117).

heit trotzdem noch ungenügend wert sei – «ungenügend» gemessen nicht am Massstab der Betroffenen, vielmehr an dem der Bevormundermenschen. Aber Obacht: Die Wirtschaftssubjekte haben oft gar keine Kontrolle über die Ausgaben für das Gesundheitswesen, weil die Bevormundermenschen diese Kontrolle via Staatsgewalt ausüben und die Ausgaben via Regierungsbudget oder gesetzlicher Krankenkassen festsetzen.

Allerdings ist die Absolutsetzung eines gesellschaftlichen Wertes – Wirtschaftswachstum, Umwelt- oder Klimaschutz, Gesundheit, Bildung, Forschung usw. – nicht nur denen gegenüber Unrecht, die den jeweils gerade vorherrschenden Wert nicht teilen, sondern auch, wie angedeutet, in sich von doppelter Moral gekennzeichnet: Ohne Produktion sowie technischen und wissenschaftlichen Fortschritt lassen sich Kranke nicht versorgen und womöglich heilen, Umwelt und Klima nicht schützen. Und sind Selbstverwirklichung und Lebensfreude etwa keine existenziellen Werte? Ressourcen auf einen Bereich zu konzentrieren, macht diesen Bereich selber zum Problemfall. Das ist unvermeidlich, wenn die Allokation von Ressourcen politisch im Gerangel der Interessengruppen geregelt wird.

Das Gerangel der Interessengruppen

Die Ökonomie eines jeden Staats unterliegt aufgrund seines Gewaltcharakters Besonderheiten. Der Staat erhält die Ressourcen nicht wie alle anderen gesellschaftlichen Organisationen in einem freien Austausch. Vielmehr enteignet er die produktiv Tätigen (Einzelpersonen, Unternehmen usw.) und nutzt die so gewonnenen Ressourcen. Einerseits nutzt er sie zur Selbsterhaltung. Andererseits geht ein Grossteil der Ressourcen in entwickelten Staaten an ausgewählte Organisationen in der Gesellschaft (z. B. Unternehmen), die ihm das im Gegenzug mit Loyalität danken. Der Staat wird damit mehr und mehr zu einer «Marktmacht» und versteht es, nebst Soldaten, Polizisten, Politikern und Richtern (seinem Erzwingungsstab)[6] auch Ärzte, Busfahrer, Energieversorger, Lehrer, Postboten, Priester, Richter, Sozialarbeiter, Theaterdirektoren, Wasserwerker, Medienmacher, Wissenschaftler mit Geld politisch auf Kurs zu bringen.

Diese so privilegierten gesellschaftlichen Organisationen stehen dem Staat zwar unisono loyal gegenüber, untereinander konkurrieren sie allerdings heftig um ihren Anteil an den Ressourcen. Aus solchen gesellschaftlichen Organisationen werden Interessengruppen, die sich nicht mehr nur durch das Bestreben erhalten, den Handlungspartnern (zum Beispiel Kunden) das von diesen Gewünschte zu liefern. Vielmehr streben sie darüber hinaus nach Zugang zu den so genannten öffentlichen Mitteln und können sich aufgrund derer ein Stück weit von der Zustimmung der sie konstituierenden Personen entfernen. Das Gerangel der Interessengruppen ist das, was man landläufig als «Politik» bezeichnet.

[6] «Erzwingungsstab» ist ein Begriff, den ich von dem Ethnologen Christian Sigrist übernehme (*Regulierte Anarchie*, 1967); mit ihm kennzeichnet er den Unterschied zwischen Autorität (Gefolgschaft für eine Anweisung findet auf freiwilliger Basis statt) und Herrschaft (Befolgung einer Anweisung wird mit einem Erzwingungsstab sichergestellt).

Durch das Gerangel der Interessengruppen gerät die Politik an zwei heikle Punkte:

1. Zum einen übt die Enteignung der Produktiven eine (negative) Wirkung auf die Produktivität aus. Das Ausmass an Enteignung lässt sich nicht unbegrenzt steigern, um allen Begehrlichkeiten jeder Interessengruppe nachkommen zu können.
2. Zum anderen ist das ökonomische Kalkül, welchen Begehrlichkeiten nachzukommen sei, mit schweren Verlusten an Legitimation dort verbunden, wo Begehrlichkeiten abgewiesen werden oder sogar eine Verringerung der Zuwendungen droht.

Dies ist die spezifische politische Ökonomie staatlicher Herrschaft. Damit klärt sich der erwähnte Aufschrei in der Corona-Pandemie, das Gesundheitswesen in dem einen oder anderen schwer betroffenen Land sei «totgespart» worden, auf: Da in keinem der Länder eine Reduzierung der Quote des Staats am Bruttosozialprodukt stattgefunden hat, bedeutet er: Finanzmittel flossen nicht in dem Masse ins Gesundheitswesen, wie es dessen Vertreter gern gesehen hätten, sondern kamen anderen Interessengruppen zugute. Weil die Gesundheitskosten in den letzten Jahrzehnten überall drastisch gestiegen sind, bedeutet «totgespart» nicht einmal, dass der Anteil des ökonomischen Wohlstandes, der für das Gesundheitswesen aufgewendet wurde, tatsächlich gesunken ist, sondern sich nur nicht im gewünschten Masse steigern liess.

Die Interessengruppen wie Vertreter der Krankenkassen oder der Ärzte, der Arbeitgeber oder der Gewerkschaften usw. erobern nicht den Staat und üben ungebührlichen Einfluss auf ihn aus, sondern sie sind ihrerseits Kreaturen des Staats. Die Klage über den ungebührlichen Einfluss bestimmter Interessengruppen ist stets ein Teil des Machtkampfes zwischen den Interessengruppen: Es klagt eine Interessengruppe, die jeweils andere Interessengruppe habe zu viel Einfluss.

Die Entscheidung, welche der Interessengruppen wie stark oder ob überhaupt staatlich finanziert und auf sonst eine Weise gefördert werden sollen, macht die Staatsgewalt an Zweckrationalität in Anbetracht des eigenen Machterhalts fest. Hierbei besteht die Tendenz ihres Vorgehens darin, ihren Geltungsbereich ständig zuungunsten der gesellschaftlichen Selbstorganisation zu verschieben. Bei dieser Verschiebung spielt es eine überragende Rolle, dass die gesellschaftliche Selbstorganisation immer als ein partikulares, das staatliche Handeln umgekehrt als Allgemeininteresse dargestellt wird. Die Notwendigkeit von kollektiv bindenden Entscheidungen ist kein objektivierbares Kriterium, vielmehr Teil des politischen Machtkampfes um Zugang zu staatlichen Finanzmitteln. Die Behauptung der Notwendigkeit ist Ideologie.

Wie ein alchemistisches Wunder das Allgemeininteresse hervorzaubert

Das «Allgemeininteresse», das der Staat gegenüber den Interessengruppen hochhalten müsse, ist schliesslich nichts als der Ausdruck des relativen Einflusses von Interessengruppen. Kein geringerer als Pierre Bourdieu hat dies, bevor er Ende

der 1990 er Jahre die kritischen Analysen vergass und den Neoliberalismus zum Hauptfeind der Menschheit erklärte, genau beschrieben und vor dem «Staatsdenken» in der Soziologie gewarnt: Die Kommission (Expertenrat, Parlamentsausschuss usw.) habe die Aufgabe, ein «alchemistisches Wunder»[7] zu vollbringen, indem sie aus partikularen Interessen Allgemeininteressen mache. In staatlichen Kommissionen – und nachgelagert: durch Medien – werde jeweils das momentane Gleichgewicht der Macht zwischen den verschiedenen gesellschaftlich relevanten Interessengruppen als das Allgemeininteresse deklariert: Das, was vor dem Verfahren partikulare Interessen waren, sei nach ihm das Allgemeininteresse, dem keiner, der seine soziale Vernunft beieinander hat, widersprechen dürfe, ohne als ein Bösewicht dazustehen, der «soziale Kälte» ausstrahle.

Die Corona-Pandemie hat vielen Staaten der Erde, einerlei ob demokratisch verfasst oder nicht, als Anlass gedient, eine ganz neue Form der Enteignung zu testen: Die Enteignung des persönlichen Risikomanagements zusammen mit einer fast beispiellosen Missachtung produktiver Zusammenhänge. Die Alternative der Zukunft lautet: Aneignung der Selbstbestimmung oder Barbarei des Gesundheitsterrors.

[7] Pierre Bourdieu, *Über den Staat* (Vorlesungen, gehalten am Collège de France 1989-1991), Frankfurt/M. 2017, S. 71.

LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Bei diesem Text handelt es sich um ein Kapitel, das im LI-Buch «Null-Risiko-Gesellschaft: Zwischen Sicherheitswahn und Kurzsichtigkeit» (Edition Liberales Institut, 2021, herausgegeben von Olivier Kessler und Beat Kappeler) erschienen ist.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2022, Liberales Institut.